



Es reicht!
Für alle.
Fair teilen
statt kürzen.



STOPPEN wir die Menschenrechtsverletzungen der steirischen Landesregierung

Die Stellungnahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaft und des Menschenrechtsbeirates belegen: Die Budgetkürzungen der Landesregierung im Sozialbereich verletzen die UN-Kinderrechtskonvention und insgesamt 8 (!) Paragraphen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Inzwischen hat Soziallandesrat Schrittwieser mit viel Eigenlob einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention präsentiert. Allein – wer sich dadurch Verbesserungen der Menschenrechtssituation von Frauen und Männern mit Behinderungen erwartet, wird bitter enttäuscht: Auf die Kritik des Menschenrechtsbeirates wird mit keinem Wort eingegangen, die darin aufgezeigten Verletzungen der UN-Konvention bleiben unverändert bestehen. Ganz im Gegenteil: Durch das drohende Aus für die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung bei alpha nova würden 59 Personen mit psychischen Erkrankungen ihre Betreuung verlieren – ein weiterer klarer Verstoß gegen die UN-Konvention. Die Landesregierung bricht aber auch nationales Recht: Die Verschlechterungen bei der Mindestsicherung gegenüber der Sozialhilfe verstoßen gegen die entsprechende 15a-Vereinbarung mit dem Bund.

Diese Landesregierung verletzt nationales und internationales Recht!

Doch diese Rechtsverletzungen sind nur die Spitze eines Eisberges: Die brutalen Budgetkürzungen der Landesregierung im Kultur-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich betreffen breite Bevölkerungsschichten, Frauen (51 % der steirischen Bevölkerung!) sind oft mehrfach betroffen. Das Budget nimmt weder Rücksicht auf „Genderbudgeting“ (Einsatz von öffentlichen Mitteln für Geschlechtergerechtigkeit und tatsächliche Gleichstellung) noch auf die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (CEDAW)! Mittlerweile ist die Steiermark das einzige Bundesland, in dem es den Pflegeregress noch gibt!

Diese Politik können und wollen wir nicht länger hinnehmen!

Die Plattform 25 fordert daher:

- ✳ **Stopp für Menschenrechtsverletzungen– wirksame Sofortmaßnahmen zur Einhaltung aller UN-Menschenrechtskonventionen!**
- ✳ **PLUS 25 % FÜR KULTUR, SOZIALES, FRAUEN, BILDUNG UND GESUNDHEIT!**
- ✳ **sofortige Abschaffung des Regresses bei Pflege und Mindestsicherung!**
- ✳ **Vermögenssteuern statt Sozialabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte!**
- ✳ **öffentliche Mittel, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern herzustellen!**

ES REICHT! FÜR ALLE. FAIR TEILEN STATT KÜRZEN

plus
25%

Liste der Kürzungen und Streichungen

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Behindertenhilfe:

- ☀ Massive Kürzungen bei Wohnassistenz, Freizeitassistenz und Familienentlastungsdienst
- ☀ Verschlechterung der Betreuungsschlüssel in stationären Einrichtungen um bis zu 30 %
- ☀ Reduktion der Zeit für Vor- und Nachbereitung auf teilweise weniger als die Hälfte
- ☀ Ersatzlose Streichung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- ☀ Laut Soziallandesrat Schrittwieser verloren 1050 Beschäftigte infolge der Kürzungen ihren Job.

Jugendwohlfahrt:

- ☀ Streichung der Sozial- und Lernbetreuung: 1500 Kinder verloren ihre Betreuung, 500 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz
- ☀ Reduzierung von Zielwerten im stationären Bereich – Rückschritt in die „Heimära“
- ☀ Reduktion der „mittelbaren Zeiten“ um bis zu 50 % und des Zeitausmaßes für Fortbildungen, Supervisionen und Teamsitzungen für MitarbeiterInnen – Folge: Qualitätsverlust in der pädagogischen Arbeit
- ☀ Reduzierung der Kostenzuschüsse zu Psychotherapie und psychologischer Behandlung
- ☀ Weitere Verschlechterungen durch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz: Ersatz von gesetzlichen Regelungen durch Verordnungen, Aushöhlung und Streichung von demokratischen Strukturen (z.B. Jugendwohlfahrtsbeirat), präventive Hilfen nur mehr für die Familien, die sie sich leisten können

Sozialbereich allgemein:

- ☀ Mindestsicherung: Verschlechterungen widersprechen 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, Wiedereinführung des Regresses.
- ☀ Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe
- ☀ Wiedereinführung des Pflegeregresses

Bildung:

- ☀ Schulschließungen: 36 Schulen bereits geschlossen, Schließung weiterer 10 Schulen angekündigt
- ☀ Abschaffung des Gratiskindergartens
- ☀ Kürzung des Landeszuschusses zu den Fachhochschulen um 15 %

Kultur:

- ☀ Reduktion der Förderungen – im Jahr 2011 um 10 %
- ☀ Kürzung der Förderung für das Institut für Kunst im öffentlichen Raum um 50 %
- ☀ Streichung der Regionale
- ☀ Schließung des Studios der Neuen Galerie
- ☀ Schon in den letzten 6 Jahren vor 2011 sind Kulturinvestitionen um 10 % gesunken.
- ☀ Viele KünstlerInnen und Kulturinitiativen arbeiteten schon vor den Kürzungen am Existenzminimum. Unter diesen Bedingungen wird Kulturarbeit immer schwerer möglich.

Gesundheit:

- ☀ Schließung der Geburtensstationen Voitsberg und Leibnitz-Wagna
- ☀ Schließung der Lungenheilanstalt Hörgas-Enzenbach
- ☀ Schließung des LKH Mariazell
- ☀ Schließung von Abteilungen ohne den Aufbau von alternativen Möglichkeiten für den Erkrankungsfall
- ☀ Massive Kürzungen bei den Personalständen in den Krankenanstalten

Frauen:

- ☀ haben ein erhöhtes Armutsrisiko
- ☀ sind es, die mehrheitlich als Mitarbeiterinnen in den gemeinnützigen Organisationen die Arbeit leisten; sie haben zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse oder verlieren ihre Arbeit.
- ☀ müssen mit unbezahlter Arbeit „einspringen“, wenn sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht.